Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Brüssel, 2. Febr. Der hiesige großbritannische Gesandte, Lord Vivian, ist zum Botschafter am Quirinal, an Stelle des bisherigen dortigen Botschafters Savile Lumley, ernannt worden.

Halle a. S., 2. Febr. Der Aufsichtsrath des Halle'schen Bankvereins beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 8⅓ Prozent vorzuschlagen.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden, 1888.

D.R. Patent. Thüre zu! Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Fernsprech-Anschluss Nr. 2100. Prospecte gratis und franco. 18,000 Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius**, Dresden-N., **Tieckstr. 27.**

Neueste Börsen-Telegramme.

Stettin, 2. Febr. (Getreidebm.) Weizen fest, loco 162—166, April-Mai 170,50, Juni-Juli 175,00. Roggen behauptet, loco 107–112, April-Mai 119,50, Juni-Juli 124,50. Pommerscher Hafer loco 102–111. Rüböl geschäftslos, Februar 46,50, April-Mai 47,00. Spiritus behauptet, loco ohne Faß verbraucht 97,50, mit 50 Mark Konsumsteuer 49,00, mit 70 Mark Konsumsteuer 31,00, April-Mai 32,50. Petroleum loco verzollt 12,15.

Breslau, 2. Febr. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Februar 48,00, April-Mai 49,50, Mai-Juni 50,00, do. 70 M. Februar 30,00, April-Mai —. Weizen Febr.-März 115,00, April-Mai 116,00, Mai-Juni 119,00. Rüböl April-Mai 46,50, Mai-Juni —. Zink umsatzlos.

Theater- und Masken-Garderobe I. Ranges
Dominos in schwarz und couleurt
Bertha Streng, Schlossstrasse 24, II.
(vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Pepsinwein,
eigner Darstellung, ausserordentlich wirksam und wohlschmeckend, Fl. 1,50 und 2 Mark.
Königl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, **2 Galeriestrasse 2** part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 389.

M. H. Wendschuch, Marienstrasse Nr. 21b
Bandagist und Orthopädist, etablirt 1862.
Vorstands-Mitglied des internationalen Universalfachvereins.
Sachverständige Anfertigung und grosses Lager aller soliden Arten **Bruch-Bandagen, Leibbinden, orthopädische Corsets, Geradhalter, Fussmaschinen, künstl. Glieder, Artikel für Chirurgie, Orthopädie, Krankenpflege** etc.

Nr. 34. Spiegel: Verlängerung der Legislaturperiode, Bekämpfung der Trunksucht. Hof- und Personalnachrichten, Landtag, Cautionsschwindel, Vortrag über den Mond, Ueber Berufswahl. Gerichtsverhandlungen. Populäres Concert.

Freitag, 3. Februar.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Die Dauer einer Legislaturperiode ist eine Zweckmäßigkeits-, keine grundsätzliche Frage. In allen Großstaaten, in denen die Volksvertretungen mit noch weit größeren Rechten ausgestattet sind, als der deutsche Reichstag, werden sie auf längere Zeit als letzterer gewählt. In keiner der europäischen Großstaaten währt die Legislaturperiode weniger als vier Jahre. Der Engländer wählt seine Gemeinen auf 7, der Franzose seine Deputirten auf 5 Jahre, auf ebensolange der Oesterreicher und Ungar seine Reichsräthe; auf wie lange der Italiener sein Parlament wählt, können wir im Augenblick nicht gleich ermitteln, länger ist's aber als die dreijährige Dauer des deutschen Reichstags. Dabei braucht in all' jenen Großstaaten, wenn man von Cisleithanien absieht, nur zu einer parlamentarischen Versammlung gewählt zu werden; bei uns aber sitzen die Reichstagsabgeordneten häufig noch zugleich in den Landtagen — von den Bezirksvertretungen, Stadtverordnetenkollegien und Kirchenvorständen gar nicht zu reden. Dieses sich häufende Wählen ist allmählich zu einer wahren Last geworden; die Ausübung eines hohen Ehrenrechts des Staats- und Gemeindebürgers leidet unter der ermüdenden Wiederholung. Sie hat Ueberdruß und Gleichgiltigkeit zur Folge. Der ursprüngliche Entwurf der norddeutschen Reichsverfassung hatte eine fünfjährige Wahlperiode des Reichstags vorgeschlagen; leider wurde dieser Regierungsvorschlag abgelehnt; die Nationalliberalen von 1867 setzten die dreijährige Dauer durch, indem sie das preußische Vorbild auf das Reich ausdehnten. Seitdem haben sie erkannt, daß sie damit einen politischen Fehler begangen hatten. Am tiefsten beklagte dies der frühere Nationalliberale, jetzt zum Deutschfreisinnigen gesunkene Abg. Dr. Bamberger. Er hatte 1874 seinen Mainzer Wahlkreis an die Klerikalen verloren und machte seinem Aerger darüber in folgenden Worten Luft:

„Die Verfassung hat sich mit einer unbegreiflichen Oberflächlichkeit in die ganz ungenügende dreijährige Wahlperiode gefunden, und damit sowohl der Reichsregierung als dem Reichstag und der ganzen Wahlkörperschaft einen der schlechtesten Dienste erwiesen. Es wird heute Wenigen zweifelhaft erscheinen, daß die rasche Wiederkehr der Personalerneuerung im Reichstage zweckwidrig für diesen, zweckwidrig für das Land, zweckwidrig auch für die Reichsregierung ausgefallen ist. Es liegt schon an sich ein handgreiflicher Mißstand darin, daß die unvermeidliche Wahlpolitik, welche auf den Geist der einer Neuwahl vorausgehenden Zeiten, wenn auch nur als einschläfernde Stimmung, drückt, öfter wiederkehrt, als unbedingt nothwendig ist. Den wählenden, wie den erwählten Körper alle drei Jahre von der Tiefe aus umzuwühlen, letzterem in so kurzen Zwischenräumen immer wieder von Neuem die erste Uebergangszeit des wechselseitigen Friedens und Ineinandergreifens aufzuerlegen, das Alles ist vom Uebel: Einer guten, gründlichen, sinngemäßen Behandlung der Geschäfte ist mit solchen Lebensbedingungen nach keiner Richtung hin gedient; und wenn jemals die nachbessernde Hand an die Reichsverfassung gelegt werden sollte, so wäre dieser Punkt am gewissesten einer Prüfung zu empfehlen."

Selten haben wir jenen Herrn so verständig reden hören. Wenn der Bamberger von 1888 den Bamberger von 1874 todtschlägt und gegen die von ihm selbst als nöthig bezeichnete Verbesserung der Verfassung Gift und Galle speit, so hat Das eben andere Gründe, wie wir gleich sehen werden. Es war ein verdienstliches Werk der Kartell-Parteien, die Verlängerung der Wahlperiode vorzuschlagen. Ein tiefes Gefühl der Wahlübermüdung geht durch das deutsche Volk; das Uebermaß von Agitation und Inanspruchnahme der einzelnen Wähler bei den sich häufenden Wahlen erscheint der großen Mehrheit des Volkes auf die Dauer unerträglich. Mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die von der Wahlagitation lebt, durch sie am meisten vorwärts kommt, und die am liebsten alljährliche Wahlen sähe, die die Nation von Grund aus aufregten, ist alle Welt darüber einverstanden, daß die Legislaturperiode nicht zu kurz sein darf. Wie ist es jetzt bei der dreijährigen Dauer des Reichstags? Man hat die treffende Beobachtung gemacht, daß für eine erfolgreiche, ergiebige Gesetzgebungsarbeit eigentlich nur das zweite, das mittelste Jahr geeignet ist. Im ersten Jahre hallt ein neugewählter Reichstag noch wieder von den leidenschaftlichen Nachklängen der vorausgegangenen Wahlagitation. Die Erinnerungen daran, die Vorwürfe und gegenseitigen Beschuldigungen der Parteien, die das Bedürfniß haben, sich gründlich auszusprechen, nehmen einen breiten Raum ein, der den eigentlichen Arbeiten verloren geht, sie aufhält und stört. Im dritten Jahre wiederum bereiten sich alle Parteien auf die bevorstehenden Neuwahlen vor, ihre Reden und Anträge sind auf die Gewinnung der Wähler berechnet. Auch hierunter leiden die Geschäfte. Für die ruhige Arbeit bleibt meist nur das zweite Jahr übrig. Verlängert man diese ruhige Arbeitszeit auf drei Jahre, so wird unbedingt ein sachlicher Gewinn erzielt. In drei oder mehr Jahren schult sich jedes Mitglied mehr oder weniger ein, macht sich mit den Gebräuchen und Kunstgriffen des Handwerks vertraut, entwächst der vormundschaftlichen Führung und kommt, soweit Charakter und Verstand es zulassen, auf eigene Füße. Ein Neuling dagegen ist von Natur darauf angewiesen, sich von den Erfahrenen leiten zu lassen, und je öfter die Parlamente sich erneuern und in der Masse der Gewählten wechseln, desto mehr bildet sich nothwendigerweise ein kleiner Stamm von gedienten Parlamentsoffizieren aus, die an's Kommandiren gewöhnt sind und leichte Arbeit mit dem Drillen und der Einschüchterung der Neueintretenden haben. Der einzige Grund, der gegen fünfjährige Perioden spricht, ist die Diätenlosigkeit, weil dann gar mancher Ehrenmann, der das Zeug zu einem recht guten Volksvertreter hat, sich fragt, ob er die mit einer fünfjährigen Ausübung eines Mandats verbundenen Kosten und Geschäftsstörungen übernehmen könne, wie er Das wohl eher bei dreijähriger Dauer zu thun geneigt wäre.

Man hätte im Ganzen wohl erwarten dürfen, daß sich Dr. Bamberger dem Antrage der Kartell-Parteien auf Verlängerung der Legislaturperiode anschließen würden. Auch von dem Centrum stand dies zu erwarten, denn Dr. Windthorst hat im Jahre 1881 mit seiner Partei für 4jährige Perioden gestimmt. Statt dessen lehnen sie das Eingehen auf den gemeinsamen Vorschlag der Deutschkonservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen ab. Warum? Der jetzige Reichstag gefällt ihnen nicht. Dr. Windthorst sehnt sich nach den Fleischtöpfen zurück, da die Reichsregierung sich auf keine zuverlässige Mehrheit im Reichstage stützen konnte und ganz auf das Wohlwollen des ausschlaggebenden Centrums angewiesen war. Diese Zeiten wünscht er zurück, einen solchen Reichstag möchte er wieder haben, das nennt er „normale Verhältnisse", und wenn sie wären, würde auch er gern die Wahlperiode verlängern, um desto länger herrschen zu können. Die Deutschfreisinnigen haben ihre ungeheure Niederlage im vorigen Jahre noch nicht verschmerzt und ergehen sich in lebhaften Angriffen auf das Kartell. Sie behaupten, daß schriftliche Abmachungen zwischen den verbündeten Parteien vereinbart worden seien. Bereits hat der Abg. v. Bennigsen dies als ein Märchen bezeichnet. Was führte denn am 21. Febr. v. J. alle Vaterlandsfreunde an die Urnen und zu dem glorreichen Wahlsieg? Ein einziges, aber ein unwiderstehliches Gefühl: das Deutsche Reich nicht wehrlos zu lassen gegenüber den Feinden, die sich von Ost und West über uns stürzen wollten. Wir haben damals der Welt den Frieden erhalten. Noch ist die Gefahr nicht beseitigt; selbst das Centrum und die Deutschfreisinnigen stimmen der neuen Wehrvorlage zu und übernehmen die damit verbundenen Opfer. In diesem Stück sind die Herren ein wenig klüger geworden. Die Wähler der Kartell-Parteien waren es schon vor einem Jahre. Wenn jetzt die vereinigten Konservativen und Nationalliberalen im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortarbeitens an der Gesetzgebung die Dauer des Reichstags zu verlängern beantragen, so handeln sie dabei nicht als „Stockreaktionäre", sondern sie verbessern die Verfassung, wie es Dr. Bamberger selbst 1874 in einem der wenigen hellen Augenblicke als dringend gefordert hatte.

Demnächst wird sich der Reichstag auch mit den Petitionen betreffs der gesetzlichen Bekämpfung der Trunksucht beschäftigen. Die Angelegenheit hat sich so entwickelt, daß vor drei Jahren vom Abg. Struckmann (Hildesheim) ein umfassender Bericht erstattet wurde, aber nicht mehr auf die Tagesordnung des Hauses kam, daß dann aber der Bundesrath doch auch ohne förmliche Aufforderung des Reichstags that, was die damalige Petitions-Kommission von ihm wünschte, nämlich eine Untersuchung der Früchte des abändernden Gewerbegesetzes von 1879 in den verschiedenen Staaten und Städten anzustellen. Die Bescheide auf diese Rundfrage sind bis zum August vorigen Jahres eingegangen. Im Reichsamt des Innern ist dann auch nicht gesäumt worden, sie zu sichten und zusammenzustellen, wie der Kommissar des Bundesraths, Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann, der jetzigen Petitions-Kommission mittheilen konnte. Gegenwärtig überlegen nun die betheiligten Verwaltungen, welche Richtung den daraus gewonnenen Eindrücken gegeben werden soll. Die Petitions-Kommission beantragt demgemäß, daß der Reichstag die ihm zugegangenen Vorstellungen dem Reichskanzler als Material für die bevorstehende Gesetzgebung überweise. Von mancher Seiten, brachte der Ref. Abg. Hegel, habe man von direkten noch auf die Sache losgehenden Vorschlägen nur in der Hoffnung abgesehen, daß die Reichsregierung in Kürze zum Abschluß ihrer Erwägungen und zur Vorlegung eines Entwurfs gelangen werde. Also nur in Erwartung eines eigenen Vorgehens der Regierung hat sich die Kommission solche Beschränkung auferlegt. Es hat sich ergeben, daß, obwohl die Schnapsverkaufsstätten der Zahl nach abgenommen haben, weil eine schärfere Berücksichtigung der Bedürfnißfrage die Concessionsertheilung einschränkte, gleichwohl der Alkoholismus nach wie vor fortbesteht und Fortschritte macht. Daß zu seiner Bekämpfung selbst vor scharfen Eingriffen nicht zurückgeschreckt werden darf, darin sind alle Volkswirthe und Menschenfreunde einig.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 2. Febr.

Berlin. Zufolge von Meldungen der Morgenblätter, nach welchen die Untersuchung des aus dem Halse des Kronprinzen ausgehusteten Gewebstückchens durch Virchow keine bösartigen Bestandtheile ergeben habe, hatte sich die „Nat.-Ztg." an Virchow mit der Bitte um Auskunft gewendet. Virchow erwiedert, daß er eine Erklärung nicht abgeben könne. — Der „Voss. Ztg." wird aus San Remo gemeldet, daß die Kronprinzessin über die Veröffentlichung des Virchow'schen Gutachtens in englischen Blättern, ferner über die Vormittheilung an Aerzte, entgegen der Anweisung, vorerst nur dem Kaiser Mittheilung davon zu machen, ungehalten sei. Der günstige Inhalt des Gutachtens werde durchaus bestätigt. Virchow fand, obwohl das untersuchte Stück aus der Mitte der erkrankten Stelle stammte und die Größe eines halben Fingergliedes besaß, nichts Ungünstiges. Wäre Krebs vorhanden, so hätte er Spuren davon finden müssen. Dr. Mackenzie glaubt, jetzt jede bei Lebzeiten eines Patienten überhaupt erreichbare Gewißheit zu besitzen, daß nur Perichondritis, nicht Krebs vorliegt. Trotzdem dürfte die Angabe des Bulletins, nach welcher eine Operation unnöthig ist, nur auf die augenblickliche Gegenwart Bezug haben. Dr. Mackenzie glaubt, die Tracheotomie werde in relativ kurzer Zeit nöthig werden, weil mit der Perichondritis stets eine Entzündung der Knorpel verbunden ist, welche Nekrose derselben herbeiführt, worauf die sich ablösenden abgestorbenen Stückchen Erstickungsgefahr erzeugen können. Man werde nun sagen, wenn die Tracheotomie nöthig würde, so sei durch die Aufhebung der Krebs-Diagnose nichts gewonnen. Dies ist falsch. Während der Krebs unheilbar ist und durch Blutvergiftung zum Untergange führt, kann die Perichondritis geheilt werden. Es ist ganz gut möglich, daß die Athmungs-Connula wieder entfernt werden kann. Nach der Tracheotomie besteht die Gefahr nur noch darin, daß Kehlkopfschwindsucht oder allgemeiner Kräfteverfall eintritt, was jedoch keineswegs unvermeidlich ist und jedenfalls Jahre erfordert, wenn nicht ein besonders ungünstiger Verlauf sich zeigt.

Berlin. Der Antrag auf Aufhebung des Identitätsnachweises ist bei dem Reichstage eingegangen. — Aus Ostpreußen wird der „Kreuz-Ztg." geschrieben: Obgleich die russischen Truppenverschiebungen nach Westen ihre Spitze vorwiegend gegen Oesterreich kehren, so haben doch auch an der preußisch-russischen Grenze gewisse militärische Veränderungen und Maßnahmen stattgefunden, die auf nicht sehr freundnachbarliche Gesinnung Rußlands deuten.

Paris. Ein gewisser Herzog und sein Sohn, angeblich deutsche Lumpensammler, sind verhaftet worden. Sie sind beschuldigt, sich im Lager von St. Maur, wo sie Lumpen sammelten, sich Lebel-Patronen verschafft zu haben.

Rom. General Marzano besetzte mit einer Brigade und 2 Batterien Sahati. Das Lager ist reichlich mit Geschützen versehen. In Ghinda ward eine Patrouille des Feindes gemeldet.

Warschau. In Wolhynien hat großer Schneefall stattgefunden. Zahlreiche Dörfer sind verschneit, die Verbindung ist vollständig gehemmt, viele Menschen sind umgekommen.

Brüssel. Die russische Regierung setzt in Belgien und Holland die Versuche fort, eine Anleihe zu bekommen, die angeblich zum Baue der transsibirischen Bahn dienen soll. Das russische Finanzministerium ist bemüht, mehrere belgische Finanziers für die Einführung der russischen Werthe an den Börsen zu Brüssel und Antwerpen zu gewinnen. Es verlautet, ähnliche in Amsterdam unternommene Versuche seien nicht erfolglos gewesen.

Christiania. Der Storthing ward heute mit der Thronrede eröffnet, worin Gesetzvorschläge angekündigt werden betreffs des Postwesens und der Erweiterung und Wirksamkeit der Staatsbank und der Volksschulen.

Die Berliner Börse eröffnete auf höherem Niveau, doch verflaute die Tendenz bald auf Meldungen des Wiener Fremdenblattes über die russische Truppenbewegung an der galizischen Grenze und Anleihe-Verhandlungen mit belgischen Finanziers, sowie auf nachgebende Russen-Course in London. Infolge dessen vollzogen sich starke Abgaben in Banken und Renten, die zurückgingen. Auch später blieb die Tendenz schwach, die Course bröckelten weiter ab. Deutsche Bahnen waren lebhaft, aber Verkaufslust vorherrschend, österreichische ohne Anregung. In Bergwerken zeigte sich Geschäftsunlust. Im Kassaverkehre herrschte wenig Leben. Privatdiskont 1½ Prozent.

Frankfurt a. M., 2. Febr. Credit 213,70, Staatsbahn —,—, Lombarden 65,60, Galizier 155,60, Egypter 71,60, 4proc. Ungar. Goldrente 77,60, Disconto 187,70, Ser Russen —, Handelsg. —, Laura —. Träge.

Paris, 2. Februar. (Schluß.) Rente 81,52, Anleihe 106,50, Italiener 93,90, Staatsbahn 422,50, Lombarden 178,75, do. Prioritäten —,—, Spanier 67⅛, Egypter 375,31, Ottomanbank 505,31, Neue Anleihe —, Türken —. Träge.

London, 2. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅛, 1873er Russen 92⅞, Italiener 93, Lombarden 7½, Konv. Türken 14, 4proc. fundirte Amerikaner 129, 4proc. Ungar. Goldrente 76¼, Oesterr. Goldrente 87, Preuß. Consols 105½, Egypter —, Neue Egypter 101, Garant. Egypter 103, Ottomanbank 10⅛, Suez-Actien 82½, Spanier 66⅞. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 2. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 190, per Mai 192. Roggen per März 104, per Mai 104.

Paris (Produkten), 2. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 23.40, per Mai-August 24.25, behauptet. Spiritus per Februar 47.00, per Mai-August 48.00, behauptet. Rüböl per Februar 53.75, per Mai-August 54.25, ruhig.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Majestäten der König und die Königin begeben sich am Sonntag Abend nach Leipzig. Se. Majestät der König trifft am Donnerstag hier wieder ein, während Ihre Majestät die Königin bereits am Dienstag zurückkehren dürfte.

— Ihre Majestät die Königin war schon in den letzten Tagen unpäßlich und verbrachte den Dienstag und die Mittwoch zum Theil im Bett. Um jedoch keine Befürchtung über ihr Kranksein zu geben, hat Ihre Majestät den Hofball am Mittwoch Abend, wenn auch nur auf kurze Zeit, besucht.

— Nächste Woche werden am hiesigen Hofe Ballfestlichkeiten in Rücksicht auf den Todestag der verstorbenen Prinzessin Georg nicht stattfinden, dagegen werden Ihre königl. Majestäten sich auf einige Tage zu Festlichkeiten nach Leipzig begeben.

— Zu dem am Mittwoch Abend halb 9 Uhr in den Banketsälen des Königl. Residenzschlosses abgehaltenen Kammerball waren ca. 300 Personen erschienen. Außer Ihren Königl. Majestäten, Ihren Königl. Hoheiten Prinz Georg und Prinzessin Mathilde, sowie Prinz Friedrich August, dessen frohes Wesen und blühendes Aussehen nicht erkennen ließen, daß er vor Kurzem erst das Krankenlager verlassen, nahmen ferner Theil der regierende Fürst Reuß j. L. Heinrich XIV., dessen Sohn, der Erbprinz Heinrich XXVII. und die Erbprinzessin Elise; die in Leipzig studirenden Fürstensöhne Kronprinz Constantin von Griechenland und Prinz Max von Baden, die Prinzessin Luise von Holstein und die Prinzessin Urbeck, sowie die Herren Staatsminister und Gesandten nebst Gemahlinnen ꝛc. Ihre Majestät die Königin zog sich jedoch baldigst eines leichten Unwohlseins wegen in ihre Gemächer zurück, was die Festtheilnehmer ungern vernahmen. Gegen 11 Uhr ward an kleinen Tischen das Souper gegeben, später ward Kaffee, Punsch, Bier ꝛc. gereicht und nach 1 Uhr war die Festlichkeit zu Ende.

— Oberstleutnant Freiherr von Hausen erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens.

— Hauptmann Flemming vom Fuß-Art.-Reg. Nr. 12 wurde in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt.

— Premierleutnant der Reserve a. D. v. Arnim wurde in der Reserve des 2. Ulanen-Regiments Nr. 18 wieder angestellt.

— Landtag. Den einzigen Berathungsgegenstand der gestrigen Sitzung der 2. Kammer bildeten die Petitionen des Schulvorstandes zu Niederzwönitz und Gen. um Abänderung bez. Ergänzung auf die Fortbildungsschule bezügl. Bestimmungen des Volksschulgesetzes, sowie die Petition des Gemeindevorstandes Richter in Oltro und Gen. um Verkürzung der Fortbildungsschulpflicht auf 2 Jahre. Die Petitionen waren bereits in der 1. Kammer zur Berathung gelangt, und die Pet.-Deputation beantragt nun durch Abg. v. Trebra, entsprechend den Beschlüssen der 1. Kammer, das Kultusministerium möge in einer allgemeinen Anordnung an die Schulvorstände die Dispension der fortbildungsschulpflichtigen Knaben, welche das 17. Lebensjahr erreicht haben, zulassen und den Schulvorständen in einer offiziellen Aeußerung wissen lassen, daß die Dispensation vom Fortbildungsschulunterricht sich namentlich auf solche Knaben beziehe, welche die Fortbildungsschule zwei Jahre mit guter sittlicher Führung besucht und das Ziel derselben erreicht haben. Lediglich in diesem Sinne und unter Festhaltung an der obligatorischen 3jährigen Fortbildungsschule für das ganze Land wird beantragt, die Petitionen der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. Die Debatte eröffnet Abg. Stolle (Soz.) mit einer Polemik gegen den Dep.-Antrag. An der Hand eines Berichtes über die städtischen Fortbildungsschulen Dresdens führt Redner aus, daß die Fortbildungsschulen den ihnen von Seiten der Gesellschaft wie des Staates gestellten Aufgaben voll genügt hätten. Er habe persönlich die Erfahrung gemacht, daß man sich bereits allgemein, auch auf dem Lande, an das Institut gewöhnt habe. Drum sei es zu bedauern, wenn sich von Jahr zu Jahr die Angriffe gegen die Fortbildungsschule wiederholten, lediglich in der Absicht, derselben eine Bresche zuzufügen. Unter Berücksichtigung der sozialen Lage, die die Arbeitskraft der jungen Leute vielfach unentbehrlich mache, könnte man die Petitionen etwas milder beurtheilen, in der Hauptsache aber leuchte der krasseste Egoismus aus denselben hervor, sowohl von Seiten der Landwirthe, wie von einem Theile der Innungsmeister. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, habe der Staat die Mittel zu beschaffen, um den Gemeinden, die für die Fortbildungsschule aufzubringenden Kosten abzunehmen. Einen hierauf bezüglichen Antrag werde er nach den in dieser Richtung gemachten Erfahrungen nicht einbringen. Redner geht hierauf auf einzelne Behauptungen der Petition ein, die er zu widerlegen sucht. Abgeordneter May: Die immer wiederkehrenden Petitionen gegen die Fortbildungsschulen lieferten den Beweis, daß im Lande eine große Unzufriedenheit mit der jetzigen Einrichtung bestehe. Er sei zwar der Meinung, daß an dem Institut nicht zu sehr gerüttelt werden dürfe, doch sei es angezeigt, dem Wunsche, die Fortbildungsschulzeit mit 16 Jahr abzuschließen, Rechnung zu tragen. Was Hänschen bis zum 16. Jahre nicht gelernt, das werde Hans auch im 17. Jahre nicht lernen. Es liege sogar

J. Böhmer, Hof-Zinngusswaaren-Fabrik, Galeriestrasse 20 part., I. u. II.